



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

3/X/88 - 18.4.1955

BONN. Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31-33
Fernschreiber 039 890

Hinweise
auf den Inhalt:

Das Gespräch von Königswinter	S. 1
Sicherheit und deutsche Einheit (V)	S. 3
Die Sowjetunion und der Nahe Osten	S. 5
Vor arbeiterreichen Parlamentswochen	S. 6

Für deutsch-englische Offenherzigkeit

Von Wenzel Jaksch, MdB

Der Gesamteindruck des diesjährigen deutsch-englischen Gesprächs in Königswinter war der, dass die Teilnehmer aus Großbritannien - einschließlich prominenter Labour-Politiker - an den 12 deutschen NATO-Divisionen mehr interessiert sind als an der Problematik der deutschen Demokratie. Zweifellos ist darüber hinaus der Deutschlandbesuch Herbert Morrisons ein bedeutsames Ereignis. Es ist ein Gewinn für die Sache der europäischen Verständigung, dass dieser tatenfrohe und volkstümliche Politiker sein Interesse erneut der Deutschlandfrage zugewandt hat. Wie wir von ihm in Königswinter hören konnten, war er von seinen vorangegangenen Besuchen in München, Hamburg und Berlin stärkstens beeindruckt. Besonders die Berliner hatten ihm gut gefallen. Er verglich sie mit seinen Dockneys in den Londoner Vorstädten, das größte Kompliment, das ein Herbert Morrison machen kann.

In Königswinter wurden aber nicht nur Höflichkeiten ausgetauscht. Morrison und seine Freunde vom Wahrheitsflügel der Labour-Party traten in der öffentlichen Schlußdebatte der Konferenz mit klugen, taktvollen Worten zwar, aber unmissverständlich für eine "Politik der Stärke" ein. Darin kamen sie dem Sprecher der Bonner Koalitionsparteien, Kiesinger, näher als ihren Freunden von der SPD. Der Standpunkt der sozialdemokratischen Opposition zu den Pariser Verträgen wurde hingegen wirkungsvoll von Richard Crossman unterstützt, dem Außenpolitiker des Bevan-Flügels. Irgendwie schienen dabei die Rollen vertauscht zu sein, denn Männer wie Herbert Morrison, John Hynd oder die Schottin Peggy Herbyson sind geradezu die Inkarnation jenes "Sozialdemokratismus", wie er in Deutschland durch Erich Ollenhauer verkörpert wird.

Gute Freundschaft muß aber manchmal durch die rücksichtslose Offenlegung der Nichtübereinstimmung bekräftigt werden. Die Engländer haben zwar den Ruf von ausgezeichneten Politikern, doch sie sind nicht unfehlbar. Gerade weil ihr politisches Denken die Gestade von sieben Ozeanen umspannt, neigen sie dazu, die Probleme des europäischen Kontinents zu simplifizieren. Es klingt - 2 -

18.4.1955

daher wie Musik in ihren Ohren, wenn die Wortführer der Bonner Koalitionsparteien behaupten, dass die Frage des deutschen Beitrages zur westlichen Verteidigung von der Problemschwere eines zweigeteilten Landes getrennt werden könnte. Die NATO-Mitgliedschaft bleibt trotzdem für die Deutschen problematischer als für Holländer, Franzosen oder Engländer, weil eben ein Drittel ihres Volkes den Repressalien der Russen ausgesetzt ist. Die neuen Massnahmen der Pankower Musterknaben des Kreml gegen Berlin sprechen gerade in dieser Hinsicht eine deutliche Sprache.

Der Kernpunkt der Meinungsdivergenz war die britische Auffassung von der Pflicht der Bundesrepublik, an der Verteidigung des Westens teilzunehmen. Man braucht durchaus kein Pazifist zu sein, um eine ausdrückliche Verpflichtung des westdeutschen Rumpfstaates zur Teilnahme an dem Verteidigungssystem des Westens zu verneinen. Die deutsche Anerkennung eines solchen Pflichtverhältnisses der Bundesrepublik wäre verhängnisvoll, weil sie in ihrer praktischen Auswirkung auch jeden Schritt zur Wiedervereinigung allzusehr dem Ermessen der Westalliierten anheimstellt. Leider wird die westdeutsche "Verpflichtung", die militärischen Bürden der Besatzungsmächte zu erleichtern, immer wieder von den Bonner Integrationspolitikern gedankenlos nachgebetet. Demgegenüber musste in Königswinter daran erinnert werden, dass über die langfristige Anwesenheit englischer Divisionen auf dem Kontinent bereits in Casablanca entschieden wurde, als sich Churchill und Roosevelt über eine Politik des "unconditional surrender" einigten. Wer den deutschen Staat auf eine Generation abschaffen wollte und wer noch im Jahre 1949 auf dem Petersberg die deutsche Unterschrift für eine Politik der Waffenlosigkeit forderte, der darf sich wahrlich nicht allein bei den Deutschen darüber beschweren, dass die englische Jugend in der Lüneburger Heide exerzieren muss.

Wir stehen leider erst am Anfang eines fruchtbaren deutsch-englischen Gespräches. Der beste Beweis dafür ist wohl, dass vorläufig noch jeder deutsche Hinweis auf die Fehler der Friedensplanung der Westalliierten, ob es sich um Casablanca, Yalta oder Potsdam handelt, auf die eisige Abwehr der Gegenseite stösst. Darüber sind jedoch die Massen des deutschen Volkes anderer Meinung. Man kann unangenehme Themen, wie die Schrecken der Massenausreibungen und ihre Auswirkungen auf das politische Denken der Betroffenen, nicht auf die Dauer von der deutsch-englischen Diskussion ausklammern, es genügt auch nicht, die Frage der Oder-Neisse-Linie nur zu streifen, um die Deutschen zu Verzichtserklärungen einzuladen, die völlig unreal und praktisch wertlos wären. Die Männer von Pankow haben es getan und ihre politische Vereinsamung ladet kaum zur Nachahmung ein.

In keinem anderen Lande wird moralischer Mut höher geschätzt, wie in England. Deshalb wäre es eine schlechte Verständigungspolitik, unserer englischen Freunde verhehlen zu wollen, dass die Mehrheit des deutschen Volkes und besonders der deutschen Jugend einer aktiven Politik der Wiedervereinigung gegenüber einer einseitigen Politik der Westintegration den Vorrang gibt. Um der Wahrheit willen wollen wir auch zeitweise im Gegensatz zu mächtigen Labour-Freunden stehen, um uns morgen mit ihnen umso besser verständigen zu können.

Morrisons offenes Bekenntnis zum Recht des deutschen Volkes auf Einheit und Freiheit war ein verheissungsvoller Beginn. Diese Erklärung allein machte die Konferenz von Königswinter zu einem Ereignis, das weit in der Sowjetzone einen freudigen Widerhall wecken wird.

Die Jagd nach dem Alibi
Von Fritz Erler M.d.B.

Die Sowjetunion hat erklärt, dass nach der Ratifizierung der Pariser Verträge Verhandlungen über die Wiedervereinigung Deutschlands gegenstandslos wären. Der Westen hat erklärt, dass er jetzt erst nach der Ratifizierung zu Verhandlungen mit der Sowjetunion bereit sei. Damit ergeben sich für uns böse Aussichten. Beide Seiten erklären ihre Bereitschaft zu Verhandlungen nach der Ratifizierung der Pariser Verträge, aber die eine Seite eben nicht über die Wiedervereinigung Deutschlands. Damit droht die Gefahr, dass man über andere Dinge verhandelt, dass man den Versuch unternimmt, die weltpolitischen Beziehungen auf der Grundlage der Fortexistenz zweier deutscher Staaten zu gestalten.

Die Erklärung der Sowjetunion, wenn sie nicht eine reine Ausflucht sein soll, um den Westmächten die Verantwortung für die Fortdauer der deutschen Spaltung zuzuschieben, hätte nur dann auch vom sowjetischen Interesse her einen Sinn, wenn sie bedeutet, das System der Pariser Verträge könne nicht der militärische Standort des wiedervereinigten Deutschland sein. Ist man also bereit, über diesen militärischen Standort, d.h. also über eine Änderung der Pariser Verträge zu verhandeln, dann sollte auch nach der Ratifizierung der Weg zu Verhandlungen frei sein. Allerdings muß sich der Westen jetzt entschließen, ob er nun die von der Sozialdemokratie beharrlich gestellte Frage beantwortet: Ist man bereit, um der Wiedervereinigung Deutschlands willen zuzugestehen, dass das wiedervereinigte Deutschland kein unter amerikanischem Oberbefehl stehender Bestandteil der Atlantikorganisation wird? Jetzt muß der Westen zeigen, ob die Verträge Ziel an sich sind oder eine Notlösung nur für den Fall, dass die deutsche Einheit scheitert. Jetzt muß er zeigen, ob ihm zwölf westdeutsche Divisionen unter amerikanischem Oberbefehl mehr wert sind als die Wiedervereinigung Deutschlands.

Die Sowjetunion fürchtet eine deutsch-amerikanische Militärallianz
Die amerikanische Wochenzeitschrift "Newsweek" veröffentlichte vor

13.4.1955

einiger Zeit einen Beitrag des ehemaligen sowjetischen Oberstleutnant Volkow über den Schock, den die Sowjets im zweiten Weltkrieg durch die deutsche Armee erlitten haben. Die Stimmen häufen sich, welche die Furcht selbst der hochgerüsteten Sowjetunion vor der Verbindung deutscher militärischer "Tüchtigkeit" mit amerikanischem Material und Oberbefehl ernst nehmen. Schließlich sind die Deutschen bis nach Moskau, Leningrad und Stalingrad gekommen, als die Amerikaner mit den Sowjets verbündet waren. Es gilt zu ergründen, ob die Sowjets bereit sind, 18 Millionen Deutsche aus dem Zugriff der kommunistischen Satelliten freizugeben, wenn man ihnen diese ihre Furcht dadurch nimmt, dass das wiedervereinigte Deutschland eben nicht Bestandteil der amerikanischen Militärbündnisse wird.

Und umgekehrt sollte der Westen begreifen, dass die Wiedervereinigung Deutschlands auch ihm mehr Sicherheit bringt. Sowjetische Ausgangsbasen jenseits der Oder sind schließlich weniger gefährlich als unmittelbar hinter Lübeck und in Eisenach. Die Opferung eines kommunistischen Regimes im Interesse russischer Staatspolitik hätte ja doch auch ihre allmählichen Folgen im Bereich der europäischen Satellitenstaaten. Ob diese Chancen bestehen, gilt es am Verhandlungstisch zu prüfen. Der Westen darf nicht den Eindruck erwecken, als scheiterte die Wiedervereinigung Deutschlands an seinem bösen Willen oder nur seiner Tatenlosigkeit. Sonst würde in der Bundesrepublik eine verhängnisvolle nationalistische Welle entstehen, die die Verantwortung für die Fortdauer der deutschen Spaltung den Westmächten zuschöbe und in der Sache daher prosovietisch wirkte.

Damit entstände das böse Bündnis von Nationalismus und Kommunismus aufs Neue, das uns schon öfter zum Verderben wurde. Die Sache der Wiedervereinigung Deutschlands muß sichtbar bei den demokratischen Kräften in den besten Händen sein. Nicht einmal die Parole darf man den Kommunisten überlassen: Die gefährlichste westliche Haltung wäre die, die den Sowjets das Alibi verschaffte, sie wären zur Wiedervereinigung Deutschlands bereit, aber der Westen nicht. Das dürfen die Westmächte dem deutschen Volk nicht antun. Und die Bundesregierung muß dafür sorgen, dass die Haltung des Westens in dieser Frage über jeden Zweifel erhaben bleibt.

* * *

- 5 -

Ein Paktsystem und seine Wirkung

Von einem gelegentlichen Mitarbeiter

Im mittleren Osten ist ein festes Bündnissystem im Entstehen. Einem Pakt zwischen der Türkei und Pakistan, das militärisch weitgehend von den USA unterstützt wird, folgte der türkisch-irakische Vertrag mit dem offen ausgesprochenen Zweck, die Lücke zwischen Ankara und Karatschi wenigstens zum Teil zu schliessen. Anfang April trat Grossbritannien diesem letzten Bündnis bei. In London hofft man, dass Persien sich anschliessen werde. Dann wäre eine geschlossene Front aufgebaut. Es ist ein offenes Geheimnis, dass Grossbritannien versucht, nach dem Verlust seiner ägyptischen Position auf diese Weise seine Stellung zum Mittleren Osten aufzufrischen. Jedermann weiss schliesslich, dass dies im engen Einvernehmen mit Washington geschieht.

Gegen diese Bündnispolitik hat Moskau protestiert. Der Aufbau eines solchen Systems von Verträgen habe nichts mehr mit Bestrebungen zur Aufrechterhaltung von Frieden und Sicherheit zu tun, vielmehr kämen in dieser Politik unverhohlenen aggressive Absichten zum Ausdruck. Der Westen seinerseits ist über diese russische Haltung "enttäuscht", zumal nach dem Entgegenkommen, das der Krenl soeben erst in der Österreichfrage gezeigt habe -- als ob das eine mit dem anderen irgendetwas zu tun hätte. Aus Washington wird versichert, da auch diese Bündnisse selbstverständlich rein defensive Zwecke verfolgten, könne man sich die sowjetische Erregung überhaupt nicht erklären.

Das alles ist eine ziemliche Zumutung an die Naivität derer, für die solche Versicherungen bestimmt sind. Aber man soll ruhig unterstellen, dass die Interpretation von der rein defensiven Bedeutung des Nahöstlichen Paktsystems zutrifft. Auch dann wird ein Blick auf die Karte, etwa auf die Entfernungen zwischen diesem ganzen Raum und Grossbritannien oder den USA auf der einen, der Sowjetunion und speziell der Öl-Felder von Baku auf der anderen Seite, ohne weiters zeigen, dass die Deutung, die die Sowjets diesen Verträgen geben, aus ihrer Sicht immerhin begründlich erscheint.

Das sowjetische Sicherheitsbedürfnis wird natürlich nicht dadurch befriedigt, dass der präsumtive Gegner erklärt, alle seine Massnahmen seien defensiv -- so wenig, wie der Westen sich mit einer entsprechenden sowjetischen Feststellung zufrieden geben kann. Alles kommt darauf an, dass auf beiden Seiten das Gefühl oder Bewusstsein von möglichst weitgehender Sicherheit geschaffen wird. Durch Erklärungen, deren Glaubwürdigkeit noch dazu durch geographische oder andere Gegebenheiten abgeschwächt wird, kann das nicht geschehen. Selbst Dr. Adenauer hat mehrfach von der Notwendigkeit gesprochen, das sowjetische Sicherheitsbedürfnis zu berücksichtigen, zuletzt in einer Rede in Lüneburg, als er sagte, man müsse den Russen "die Angst nehmen."

Dabei kommt es hier nicht darauf an, zu entscheiden, ob diese Vertragspolitik verdächtig und notwendig ist, oder ob sie unter die scharfe Kritik fallen müsste, die der indische Ministerpräsident Nehru Ende März am "Irrenhaus der Pakte" geübt hat. Auch der politisch gewiss bedeutsame Umstand, dass die sowjetische Erklärung unmittelbar in die Eröffnung der Bandung-Konferenz hineinplatze, ist in diesem Zusammenhang sekundär. Es soll nur gesagt werden, dass Erstaunen und Enttäuschung des Westens über die Moskauer Reaktion auf das, was sich im Nahen Osten vollzieht, nicht allzu überzeugend sind.

Innenpolitische Probleme im Vordergrund

Am Anfang dieser Woche nehmen als erste zwei Unterausschüsse des Bundestages wieder ihre durch die Osterpause unterbrochene Arbeit auf. In der darauf folgenden Woche werden auch die übrigen Ausschüsse wieder zusammentreten, für den 27. April ist die erste Plenarsitzung des Bundestages nach Ostern vorgesehen. Bei allen Beratungen werden jetzt, wie sich aus einer ersten Übersicht zeigt, drängende innenpolitische Probleme im Vordergrund stehen.

Die beiden Unterausschüsse, die zunächst ihre Beratungen aufnehmen, werden sich mit dem Familienrecht und den Besatzungsschäden befassen. In letzter Zeit ist erhebliche öffentliche Kritik darüber laut geworden, dass es immer noch keine Gesetze gibt, die die Gleichberechtigung von Mann und Frau, wie sie das Grundgesetz fordert, verbindlich regeln. Das Drängen der Öffentlichkeit und der Gerichte, die sich über eine erhebliche Rechtsunsicherheit beschwerten, beflügelt den Arbeitseifer der Abgeordneten. Als erstes soll jetzt über die Gleichberechtigung und den ehelichen Güterstand beraten werden.

Bei den Erörterungen über ein deutsches Besatzungsschädengesetz drängt auch die Zeit, obwohl man glaubt, dass ein derartiges Gesetz erst in neun Monaten endgültig im Bundestag fertiggestellt sein kann. Nach der Verabschiedung der Pariser Verträge muß die Abgeltung von Besatzungsschäden und auch die Bezahlung von Leistungen an die Besatzungsmächte in einem deutschen Gesetz geregelt (und aus deutschen Geldern bezahlt) werden. Die Bundesregierung will im wesentlichen die Bestimmungen der Alliierten übernehmen, die weitgehend für ungerrecht gehalten werden, aber den Bundessäckel auch am meisten schonen. Die SPD möchte erreichen, dass das Gesetz mit rückwirkender Kraft am Tage des Wirksamwerden der Pariser Verträge gültig wird.

Eine Woche darauf - in der ersten großen Arbeitswoche nach Ostern - wird eines der unstrittenen Themen das neue Wahlgesetz sein. Die SPD wird im Ältestenrat fordern, dass hierüber im Mai im Bundestag beraten werde. Während nämlich die Bundesregierung darauf hinweist,

dass in Kürze das Ergebnis der Studienkommission beim Bundesinnenministerium vorliegen werde (und das Parlament mit diesem Hinweis inner wieder vertröstet), verzögert sich offenbar auch die Hinbringung eines angekündigten Gesetzentwurfes der FDP. Aber hier ist auch Eile Not.

Auf der Tagesordnung der ersten Plenarsitzung nach Ostern steht unter anderem das Gesetz über die Krankenversicherung der Rentner. Die Bundesregierung wünscht, dass die Rentner einen Teil der Arzneikosten aufbringen sollen. Außerdem sollen die Renten nach dem 11. Tage Krankenhausaufenthalt um 45 Prozent gekürzt werden. Sollen sich die Rentner dann am 12. Tage aus dem Krankenhaus fortschleppen, um ihre kleinen Bezüge zu retten, mit denen sie ihr ärmliches Dasein fristen? Über diese Frage wird es im Bundestag zu hitzigen Auseinandersetzungen kommen. Die SPD lehnt den Gesetzentwurf der Regierung entschieden ab.

* * *
Bonner Regierungshefte?

• "Bonner Probleme in Fortsetzung" heißt ein Beitrag in der neuesten Ausgabe der jetzt äußerlich das "Spiegel"-Format aufweisenden "Bonner Hefte". Nachdem der Versuch gescheitert ist, mit einem Magazin ("Mix") so etwas wie einen Regierungsspiegel zu produzieren und zu verkaufen, sollen offensichtlich nun die "Bonner Hefte" die Fortsetzung des gleichen Experiments sein. Mitarbeiter der "Arbeitsgemeinschaft demokratischer Kreise" sind unter den Autoren ebenso zu finden wie der Freundeskreis des Staatssekretärs a.D. Dr. Otto Lenz. Lenz selber scheint zu den festen Mitarbeitern zu gehören, während Konrad Adenauer in Nr. 7 den Platz für einen "Jens Daniel-Artikel" in Anspruch nahm. Auch der Inhalt der Informationen, der Meinungen, und der Berichte zeigt das Bemühen, diesmal das Experiment eines Regierungsspiegels gelingen zu lassen. Von "dem berühmten Magnolientaum" vor dem Palais Schaumburg über die Erklärung, dass "gemäßigte Kreise des DGB die Bemühungen der christlich sozialen Kollegenschaft mit wohlwollendem Interesse betrachten", über die Versicherung, dass niemand aus dem Munde Konrad Adenauers jemals strategische Konzeptionen vernommen habe bis zu anderen liebenswürdigen direkten oder mittelbaren Stützungen der Regierungspolitik wird alles über Grundhaltung und Ziele der neuen "Bonner Hefte" ausgesagt. Der Versuch, das regierungsamtliche Anliegen etwas zu kaschieren, wird mit dem Abdruck einer Leserzuschrift gemacht, in der es heißt: "Ich schätze die "Bonner Hefte", weil sie in sachlicher Art und mit behutsamer Kritik die anliegenden Fragen anzupacken wissen". Eine geradezu rührende Vorstellung, dass ein Leser in den "Bonner Heften" Kritik finden konnte. Man darf mit Interesse abwarten, wie sich Bonns neuer Regierungsspiegel weiter macht. Wird er ein familiäres Bulletin oder soll er gar zu einem Antispiegel entwickelt werden?